

Seminar Studierendenvertretung II

Dokumentation

2.-4. Juli 2021

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Studentische Politik im Bundesland

Aktuelle Entwicklungen in den Ländern

Bildungspolitik ist grundsätzlich Ländersache, weshalb sich die Situation in den Bundesländern voneinander unterscheidet.

Beispiele laufender Debatten in den Bundesländern:

- Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ohne Austrittsmöglichkeit in Sachsen
- Novellierung der Hochschulgesetze u.a. in Berlin, Hessen, Bayern
- Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen (#ichbinhannah oder TVStud)

Föderaler Aufbau der Hochschulpolitik

BUND

Förderung der
wissenschaftlichen
Forschung

Gewährung von Finanzhilfen
für gesamtstaatlich
bedeutsame Investitionen
der in die kommunale
Bildungsinfrastruktur (Art.
104c GG)

Befristung von
Arbeitsverträgen des
angestellten
wissenschaftlichen
Personals

Hochschulzulassung

Hochschulabschluss

Ausbildungsbeihilfen

LAND

sämtliche nicht im
GG erwähnte
Kompetenzen

Prüfungsrecht

Dienst-, Besoldungs-
und
Versorgungsrecht der
Landesbeamten

Studium und Lehre

Aufgaben und
Struktur der
Hochschulen

Allgemeiner
Hochschulbau und
-ausbau

Aufgaben und
Struktur des
Hochschulpersonals

Rechte und Pflichten
der
Hochschulmitglieder

Satzung und Organe
der
Studierendenschaft

HOCH SCHULE

Verleihung von
Hochschulgraden

Bewertung von
Prüfungsleistungen

Durchführung von
Hochschulprüfungen

Organisation und
Einrichtung von
Studiengängen

BUND + LAND

Förderung von
Wissenschaft, Forschung
und Lehre in Fällen
überregionaler Bedeutung
(Art. 91b Abs. 1 GG)

Forschungsbauten an
Hochschulen
einschließlich
Großgeräte

Feststellung der
Leistungsfähigkeit
des Bildungswesens
im internationalen
Vergleich

Player der Hochschulpolitik

Deutsches Studentenwerk

- Gründung 1929 (Wiedergründung 1956)
- Vorstand: Achim Meyer-auf-der-Heyde (GS) und Rolf-Dieter Postlep (Präsident)
- Aufgaben
 - Erfahrungs- und Wissensaustausch
 - Sozialpolitische Interessensvertretung
 - Dachverband der örtlichen Studierendenwerke
- Positionen
 - Sozialpolitik (mehr Wohnheimplätze, bessere Gastronomie an Hochschulen)
 - Ausbau des BAföG
 - Inklusion an Hochschulen

Hochschulrektorenkonferenz

- Gründung am 04.11.1990 (Vorläufer seit 1903)
- Mitglieder: 268 staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen und Fachhochschulen
- Präsident: Prof. Dr. Peter-André Alt (FU Berlin)
- Funktion: Repräsentation der Hochschulen
- Aufgaben
 - Meinungsbildung und politische Vertretung
 - Entwicklung im Hochschulsystem
 - Dienstleistungen für Hochschulen und Öffentlichkeit
- Positionen
 - Ausbau und Öffnung des BAföG
 - Finanzielle Unterstützung der Hochschulen
 - Entlastung des Wohnungsmarktes
 - Digitalisierung der Lehre
 - Akademisierung von Gesundheitsberufen
 - Kampf gegen Antisemitismus an Hochschulen

Gemeinsame Wissenschaftskonferenz

- Gründung am 01.01.2008
- Vorsitz: Armin Willingmann
- Funktion: Interessenvertretung von Bund, Ländern, Wissenschaft und Wirtschaft
- Aufgaben
 - Förderung von Forschung und Vorhaben an und außerhalb der Hochschulen
 - Austauschgremium
- Positionen
 - Ausbau der Studienfinanzierung
 - Ausbau der Hochschulfinanzierung
 - Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen

freier Zusammenschluss von student*innenschaften

- Gründung 1993 in Hürth als e.V.
- Vorstand: Carlotta Kühnemann, Jonathan Dreusch, Iris Kimizoglu, Paul Klär
- 81 Mitgliedsstudierendenschaften (circa 750.000 Studierende)
- Zielgruppe: Studierende
- Themen:
 - Gesetzliche und finanziell abgesicherte Studierendenvertretung
 - Freier und elternunabhängiger Zugang zu Bildung
 - Abbau von Diskriminierung
- Angebote
 - Bildungsarbeit
 - Organisation von Demos und Kampagnen
 - Internationale Studierendenvertretung

Welches Problem lösen wir
auf welcher Ebene?

Sammlung von Beispielen

- Widerspruch gegen einen BAföG-Bescheid → lokale Ebene (örtliches Studierendenwerk)
- Diskussion über Verbesserungen im BAföG → Bundesebene
- Vertretung für studentische Beschäftigte an Hochschulen → Landesebene
- Finanzierung der Hochschulen → Landes- und Bundesebene
- Kampf gegen Antisemitismus an der Hochschule → lokale Ebene (Studierendenparlament bzw. Studierendenrat und Senat der Hochschule)
- Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftler*innen → Bundesebene (WissZeitVG)

Sammlung von Beispielen

- Semesterticket für Studierende → lokale Ebene und Landesebene (Verkehrsbetriebe und Verkehrsverbände)
- Kulturemesterticket → lokale Ebene
- Hochschulzugang für Geflüchtete → Landes- und Bundesebene
- Gleichstellung an Hochschulen → lokale, Landes- und Bundesebene
- Klimaschutz an Hochschulen → lokale, Landes- und Bundesebene

Interessenvertretung für Studierende

Qualifizierung: Argumentieren

- Vorab: Kernfragen klären
 - Wer steht mir gegenüber?
 - Was sind die Erwartungen an mich?
 - Wie ist der Gesprächskontext?
 - Was sind Zweck und Ziel der Diskussion?
 - Was will ich sagen?
- Die Kernbotschaft: Zentrale Aussage der Argumentation, um die herum das Argument gebaut wird

Qualifizierung: Argumentieren

- Ein Argument bauen – Methodenkiste
 - Betroffenheit
 - Fakten
 - Erfahrung
 - Logik
 - Moral und Ethik
 - grundlegend vs. realistisch

Scheinargumente erkennen, entkräften und selbst vermeiden

- Falsches Dilemma („Klimaschutz an der Hochschule gefährdet unsere Arbeitsplätze!“)
- Argumentum ad hominem („Ihr Studierende seid zu jung und habt keine Ahnung!“)
- Whataboutism („Theater günstig für Studierende, aber arme Leute können auch nicht ins Theater gehen!“)
- Strohmann-Argument („Ihr wollt also, dass die Krankenpflegerin der Ärzt*innen-Tochter das Studium finanziert!“)
- Totschlagargument/Killerphrase („Das ist doch utopisch!“)

Danger Zones – Der Griff in die Trickkiste

- Euer Gegenüber argumentiert aus einer anderen Logik heraus.
- Nehmt das Ernst und geht darauf ein.
- Lasst euch Zeit.
- Bleibt konstruktiv und faktentreu.
- Manchmal gibt es Ausnahmen.
- Es ist in Ordnung auch unterschiedlicher Meinung zu sein.
- Man muss sich nicht tot diskutieren.